

Die Wirtschaft ist keine Kneipe, Herr Westerwelle!

von J. Manneck

Die Äußerungen von Herrn Westerwelle haben eine Debatte über Harz IV entfacht und halten die Republik in Atem. Doch was ist dran, an diesen Reden, deren Herkunft eher den Stammtisch als eine seriöse Aussage eines Vorsitzenden einer allgemein geschätzten Bundestagspartei vermuten lassen? Ignoriert wird der technologische Wandel hin zur Vollautomatisierung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, obwohl dies offenkundig seit zwei Jahrzehnten allgemein bekannt sein dürfte.

Beschränken wir uns auf die Darstellung der historischen und wirtschaftlichen Tatsachen. Niemand anders als der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Franklin Delano Roosevelt griff in den 1930er Jahren zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise zum Mittel der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, um durch eine Verknappung von Arbeitskräften und der Einführung von Mindestlöhnen den Preisverfall für die Arbeitslöhne zu stoppen und um die Nachfrage nach Gütern auf einer bestimmten Höhe zu stabilisieren. Zur Zeiten der Dampfmaschine senkte Roosevelt im Rahmen des New Deals die allgemeine Arbeitszeit für große Teile der US-Wirtschaft auf 35 Stunden pro Woche und ließ für bestimmte Teile der US-Wirtschaft eine Ausweitung der Wochenarbeitszeit bis zu 45 Stunden zu.

(Quellen: http://en.wikipedia.org/wiki/New_Deal,
<http://www.5-stunden-woche.de/static/de/5hw/roosevelt.html>)

Wenden wir uns nun mit unserer Betrachtung der Gegenwart zu. Offenbar ist es so, dass durch die weltweite Massenarbeitslosigkeit der weltweiten Volkswirtschaftlich ein gewaltiger Reichtum entgeht, da durch die Massenarbeitslosigkeit zu wenig Güter hergestellt werden. 1995 kam eine Konferenz der 500 führenden Topmanager, Politiker und Wirtschaftswissenschaftler der Erde zu dem Ergebnis, dass mit dem beginnenden 21-sten Jahrhundert nur noch 1/5 der arbeitsfähigen Weltbevölkerung zur Produktion der weltweit nachgefragten Güter und Dienstleistungen erforderlich sein wird (Hans-Peter Martin, Abg. des EU-Parlament, Harald Schumann, Redakteur des Spiegel, Die Globalisierungsfalle, ISBN: 3-499-60450-7, S. 12). Hiernach liegt der Reichtum als ein mächtiges Arbeitskräftepotential vor, das wegen der allgemeinen Arbeitslosigkeit nicht im vollen Umfang in Güter und Dienstleistungen umgewandelt wird.

(Quelle: <http://www.5-stunden-woche.de/static/de/5hw/martin.html>)

Da der allgemeine Reichtum an Gütern und Dienstleistungen trotz des allgemeinen Vorhandenseins der marktwirtschaftlichen Instrumente des weltweiten Kapitalismus jetzt seit nun fast 20 Jahren nicht eintritt, muss gefragt werden: Warum ist der Kapitalismus heute weltweit nicht in der Lage, die Millionenheere von Arbeitslosen erwerbstätig zu beschäftigen?

Entgegen der Auffassung der Neoliberalisten ist es offenkundig, dass die eigentumsbasierte Warenwirtschaft und der Handel im Allgemeinen den Überfluss an Arbeitskräften zum Fluch für die Erwerbstätigen machen. Die Erklärung liegt auf der Hand:

Der **Preis aller Waren** wird durch das **Verhältnis von Angebot und Nachfrage** bestimmt und menschliche Arbeit ist heute nichts weiter als eine Ware. **Arbeitskräfte** sind weltweit im **Überfluss** vorhanden, weshalb überall ein **Preisverfall** für Arbeit zu beobachten ist.

Lebensmittel und industrielle Güter werden hingegen durch die **Vernichtung** der Überproduktion oder der Verhinderung der Mitarbeit in der Produktion durch Massenarbeitslosigkeit entweder durch die Mechanismen der Marktwirtschaft oder durch die Eingriffe des Staates **verknapp**t, womit die **Preise** für Lebensmittel und industrielle Güter **hoch gehalten** werden.

So kommt es, dass wir bei **sinkenden Löhnen** zur Bestreitung unserer **steigenden Lebenshaltungskosten** immer **länger arbeiten müssen**. Und somit arbeiten wir nicht entsprechend der Wünsche der Linken 30, sondern 40 Stunden pro Woche und zukünftig immer mehr.

Für die weitere Diskussion über die in Deutschland seit 30 Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist daher für Herrn Westerwelle zu beachten, dass wie hier gezeigt menschlicher **Fleiß** zum Schaden für die menschliche Gemeinschaft wird, denn je länger wir gesamtgesellschaftlich arbeiten desto geringer ist der Stundenlohn des Einzelnen und desto geringer ist die volkswirtschaftlich umlaufende Geldmenge für den Geld - Waren - Kreislauf, d.h., die Geldmenge, die zur Deckung des Grundbedarfs der Allgemeinheit aufgebracht wird.

Die umlaufende Geldmenge zur Deckung des Grundbedarfs der Allgemeinheit sinkt im Rahmen einer allgemeinen **Deflation** (Preisverfall) der Arbeitslöhne, was zum Teil seine Ursache in den allgemein sinkenden Löhnen findet. Zum anderen Teil liegt dies aber an der **wachsenden Massenarbeitslosigkeit** und dem damit verbundenen Rückgang des durchschnittlichen Einkommens, wobei die steigende Massenarbeitslosigkeit wiederum ihre Ursache in der sinkenden Nachfrage findet, die mit der Deflation der Löhne begründet ist, womit an dieser Stelle gezeigt wurde, dass dieser Vorgang selbstverstärkend wirkt.

Schließlich wird dieser Verlauf in fallende Steuereinnahmen für die meisten Staaten der Erde münden, was früher oder später eine galoppierende Geldentwertung (**galoppierende Inflation**) zur Folge haben wird, was genau dann eintritt, wenn die Staaten der Erde anfangen, zur Begleichung ihrer Schulden große Mengen an Geld zu drucken. Ein solcher Zyklus, der häufig mit den historischen Phasen von Krieg, Vollbeschäftigung durch Wiederaufbau, Bewaffnung, Sättigung der Märkte, Massenarbeitslosigkeit und Krieg übereinstimmt (wenn wir diesen Vorgang in dieser stark vereinfachten Form betrachten), kann 20 - 40 Jahre dauern, ist aber seit der Erfindung der Atombombe und den Erfahrungen der letzten Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren durch internationale Gegenmaßnahmen stark verzerrt und verlangsamt worden (siehe exemplarisch: <http://de.wikipedia.org/wiki/Weltwirtschaftskrise#Ursachen>).

Für Herrn Westerwelle als Vizekanzler sollte dies für die Innen- und Außenpolitik bedeuten, dass wir uns gegenwärtig mit der weltweiten herrschenden Wirtschaftskrise in einer sehr sensiblen Phase befinden, aus der durchaus ein neuer Weltkrieg als Verteilungskrieg um die Rohstoffe folgen kann und dass aus diesem Grunde ein größeres und umsichtigeres Fingerspitzengefühl im Umgang mit der weltweiten Massenarbeitslosigkeit erforderlich ist.

Im Rahmen der Geldmengenpolitik sollte Herr Westerwelle auch folgenden Sachverhalt nicht außer Acht lassen: Aus den Zyklen von Deflation und Inflation folgt auch, dass die **Kaufkraft der weltweit umlaufenden Geldmenge** verteilt auf alle Menschen der Erde **niemals**

ausreichen wird, um für **alle Menschen** der Erde einen durchschnittlichen **Lebensstandard wie 1990 in Deutschland** zu gewährleisten. Denn die weltweit umlaufenden Geldmengen korrespondieren in etwa mit der Menge der gehandelten Güter, von denen wegen der Massenarbeitslosigkeit offenbar zu wenig hergestellt wurden. Wächst beispielsweise ausschließlich die Geldmenge an, ohne dass es einen gleichwertigen Anstieg der Gütermenge gibt, entsteht ein Übergewicht bei der Geldmenge und es folgt entweder eine schleichende Inflation oder wie oben gezeigt eine galoppierende Inflation. Das gleiche folgt, wenn die Menge der handelbaren Güter bei gleichbleibender Geldmenge sinkt und dadurch wiederum ein Übergewicht für die Geldmenge entsteht. Diese Aussagen liegen, wie oben gezeigt, in dem Mechanismus des Handels schlechthin begründet. Neben der steten Verringerung der Kaufkraft der weltweit umlaufenden Geldmenge kommt es zudem zu einer Ansammlung von Grund, Boden und Produktionsmitteln als Privateigentum in den Händen weniger.

Bei den oben aufgezeigten Wirtschaftsmechanismen muss Herr Westerwelle zukünftig bedenken, dass immer mehr Menschen **trotz Vollbeschäftigung verarmen** und immer breitere Teile der Gesellschaft hiervon betroffen sein werden (siehe exemplarisch: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,676976,00.html>).

Dies liegt allein in der Tatsache begründet, dass mit dem Handel bei einem Überangebot an Arbeitskräften automatisch ein Preisverfall der Löhne eintritt, und darin, dass immer weniger immer länger und zu viel arbeiten.

Herr Westerwelle sollte sich der Tatsache nicht entziehen, dass die Deflation der Löhne und die schleichende und galoppierende Inflation der Währungen die marktwirtschaftlichen Antriebskräfte sind, die über einen langen Zeitraum und weltweit betrachtet zu einem steten Wertverfall für die menschliche Arbeitskraft führen, WENN für die Kaufkraft als Gegenwert für die menschliche Arbeitskraft ein weltweiter Durchschnitt gebildet wird. Und schließlich sind es genau diese **Mechanismen des Handels**, die zur Verarmung weiterer Teile der Gesellschaft führen, was in dieser Folge gerade die einkommensschwachen Schichten **gegen eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit aufbringt**, weil sie dann außer Stande wären, die Kosten ihres täglichen Lebensbedarfs zu decken. In Folge dessen ist eine grundsätzliche Lösung der oben beschriebenen Gesellschaftsprobleme im Rahmen der heute bestehenden allgemeinen kapitalistischen Wirtschaftsordnung oder in einer Wirtschaftsordnung, in der immer noch bestimmte Teile eines allgemeinen eigentumsbasierten Handels aufrecht erhalten werden (dies ist der Sozialismus, von dem Herr Westerwelle sprach), undenkbar, da diese an den gleichen Mechanismen scheitern werden.

Da Arbeitskräfte nicht wie andere Waren von Markt genommen werden können, beginnt also ein gnadenloser Wettbewerb und ein Verfall des Preises für menschliche Arbeit.

Lohndumping, die Vergrößerung des relativen Mehrwertes für Unternehmen, Verdrängungskämpfe um Marktanteile, der damit verbundene tendenzielle Verfall der Profitrate, Kapitalansammlung und die Bildung einer Reservearmee (Arbeitslose) gehören ebenso zu den Folgen wie das Fallen der Staatseinnahmen und die Rücknahme von Sozialleistungen in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Dies ist der Kapitalismus, durch den sich das Eigentum in den Händen weniger sammelt und der übrigen Allgemeinheit immer weniger bleibt. Der größte Teil des Reichtums versiegt jedoch durch Massenarbeitslosigkeit oder güterwirtschaftlich unnütze Tätigkeiten wie in der Geldwirtschaft, im Handel, in den Banken, in den Versicherungen, in der Werbung, in den Finanzämtern, in den Steuerbüros oder in bewusst auf kurze Lebensdauer hergestellte Gebrauchsgüter, so dass mit dem heute technisch Machbaren, so wie es Pater Prof. Dr. v.

Nell-Breuning für eine **güterwirtschaftliche Betrachtung** schon 1985 in etwa ankündigte, durchschnittlich nur noch 5 Stunden pro Woche gearbeitet werden müssten.

(Quellen:http://www.5-stunden-woche.de/images/theoretiker/breuning_text.jpg,
http://www.5-stunden-woche.de/static/de/buecher/kurzbeschreibung_bd1.html,
<http://www.sankt-georgen.de/nbi/institut/pater-v-nell-breuning-sj/>)

In Anbetracht der hier ausführlich erklärten Wirtschaftsmechanismen, die unser Förderverein Freie Bildung in Frankfurt am Main e.V. Herrn Westerwelle über unsere hiermit gemachten Presseerklärung zur Kenntnis bringen möchte, gehen wir davon aus, dass Herr Westerwelle entweder seine Politik grundsätzlich ändern wird oder Herr Westerwelle durch seine Politik bewusst einen Zustand entgegen strebt, in dem Massen von Arbeitslosen zum fast Nulltarif die Straßen kehren werden (Die Globalisierungsfalle, S. 13:http://www.5-stunden-woche.de/images/theoretiker/martin_text.jpg).

J.Manneck

Vorstandsvorsitzende des Fördervereins Freie Bildung in Frankfurt am Main e.V.

Eckenheimer Schulstraße 27

60435 Frankfurt

E-Mail: ffb-ffm@gmx.de